



Karl Brenke ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Wer im Glashaus sitzt ...

Die EU-Kommission hat Anti-Subventionsverfahren gegen chinesische Hersteller von Solarpaneelen und deren Komponenten eingeleitet. Auf Antrag des Verbandes der europäischen Produzenten solcher Erzeugnisse (ProSun) wird nun geprüft, ob in China die Produktion staatlicherseits gefördert und die europäische Konkurrenz dadurch geschädigt wird. Auch von einigen deutschen Unternehmen wird diese Initiative unterstützt, wenngleich nicht von allen. Es handelt sich um das bedeutendste Verfahren dieser Art, das je von der EU in Gang gesetzt wurde.

Wie so oft geht es auch in diesem Fall natürlich darum, dass eine Lobby die zuständige Obrigkeit zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen einspannen will. Man setzt dabei auf Einfuhrzölle, um sich dem Druck der chinesischen Konkurrenz zu entziehen. Und in der Tat hat sich der Druck erheblich verschärft. Die Anbieter aus Fernost haben den europäischen und auch den deutschen Markt regelrecht aufgerollt, und manch ein Produzent hierzulande ist bankrott gegangen. Auf China entfallen zwei Drittel der Weltproduktion von Solarpaneelen, und 80 Prozent aller Ausfuhren von dort gingen in die EU.

Es mag ja durchaus sein, dass die Produktion in China subventioniert wird. Verwundern muss die Klage der Lobby aber dennoch. Denn die EU ist alles andere als ein subventionsfreier Raum. Gerade in Deutschland wurde – und wird immer noch – die Solarindustrie so stark unterstützt wie keine andere Branche. Jemand, der sich Solarpaneele aufs Dach schrauben lässt, kann begünstigte Kredite erhalten. Und wenn der gewonnene Strom ins Netz geleitet wird, gibt es die weit über dem Marktpreis liegende Einspeisevergütung. Aufgrund dieser Subventionen wurden in kurzer Zeit in Deutschland die Kapazitäten zur Herstellung von Solarpaneelen enorm ausgeweitet. Der Eintritt in den Markt war relativ einfach, da es sich bei Solarpaneelen nicht gerade um technisch komplexe Güter handelt. Die generell auf größere Serien angelegte

Produktion ist allerdings recht kapitalintensiv. Und an dieser Stelle kamen weitere Subventionen ins Spiel. So ist es kein Wunder, dass ein großer Teil der deutschen Produktion wegen der dort hohen Investitionsförderung zwischen Ostsee und Erzgebirge angesiedelt ist. Zwar sind nur vereinzelte und spärliche Informationen verfügbar, doch die zeigen, dass bei der Errichtung neuer Betriebsstätten hohe Fördermittel flossen – durchaus auch in zweistelliger Millionenhöhe. Neben den Investitionszulagen und -zuschüssen gibt es eine breite Palette an weiterer Förderung wie begünstigte Kredite, Personalkostenzuschüsse, Forschungsgelder, Absatzhilfen oder Subventionen bei der Inanspruchnahme von Beratungsleistungen. Wie es eben so ist: Bei fast allen Aktivitäten, die ein Unternehmen Geld kosten, stehen Subventionen bereit. Selbst wenn ein Unternehmen in Schwierigkeiten gerät, springt der Staat ein. So wurde der – inzwischen in Konkurs gegangenen – Solon AG eine Bürgschaft von 120 Millionen Euro gewährt; das bitterarme Land Berlin war mit 38 Millionen dabei. Zu einer Strukturverbesserung haben die Subventionen in Ostdeutschland indes kaum beigetragen. Angesiedelt wurden oft lediglich die Fertigungsfunktionen der Unternehmen, die Zentralen aber nicht.

Eine an sich für Unternehmen herrliche Welt: Der Staat unterstützt den Aufbau von Produktionskapazitäten und sorgt mit seiner Energiepolitik für den Absatz. Allerdings wurden von dem Solarboom auch Anbieter aus dem Ausland angelockt. Wenn nun die hiesige Lobby wegen in China gezahlter Subventionen in Brüssel vorstellig wird, werden die Verhältnisse auf den Kopf gestellt. Es kann und darf nicht sein, dass wegen der Klagen der allseits gepöppelten hiesigen Solarindustrie ein Handelsstreit mit China vom Zaun gebrochen wird. Ein so exportabhängiges Land wie Deutschland kann sich keinen Rückfall in einen Protektionismus leisten. Im Übrigen gilt: Einen Subventionswettbewerb vermeidet man am besten dadurch, indem man die Subventionen abschafft – und zwar überall.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
80. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Karl Brenke

Textdokumentation

Lana Stille

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.